

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
Ausschussmitglied Birgit Holtz
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Vertreter Marvin Hager

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Walther Schäfer (fehlte entschuldigt)

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Thorsten Moritze (fehlte entschuldigt)

Bedienstetenvertreter

Werner Bolinius
Günter Friedrichs
Gerrit Janssen

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Marion Reiners

Externer Vertreter

Norbert Weinberg

Verwaltung

Dezernent Stadtbaurat Niksa Marušić
Dezernent Stadtrat Thomas Bruns (ab 10:08 Uhr)
Techn. Betriebsleiter Tim Menke
Stellv. Techn. Betriebsleiterin Maike Schun
Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik
Protokollführerin Anja Gutknecht
Abteilungsleitung Kaufm. Abteilung Finanzen Controlling Iskender Evin
Abteilungsleitung Stadtreinigung Kai-Uwe von Thülen
Abteilungsleitung Abfallwirtschaft Thomas Wolanski
Sachbearbeiterin Friedhofsverwaltung Martina Hartmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 08.11.2024
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Öffentlich-rechtlicher Vertrag Stadt Wilhelmshaven – OOWV „Einleiten von Abwasser der Stadt Schortens in die zentrale Kläranlage Wilhelmshaven“ **286/2024**
- 4.2 Wirtschaftsplan TBW 2025 **327/2024**
- 4.3 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven (Friedhofsgebührensatzung) vom 17.11.2010 in der Fassung vom 14.12.2022 **307/2024**
- 4.4 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Abfallentsorgung **328/2024**
- 4.5 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Zentrale Abwasseranlage **329/2024**
- 4.6 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Grundstücksabwasser-anlagen **330/2024**
- 4.7 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Straßenreinigung **331/2024**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Halbjahresbericht TBW 2024
- 5.2 Informationen/Themen aus der vorherigen BTBW-Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende **Herr Becker** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 08.11.2024

Der Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 08.11.2024 wurde mit **11 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

- 3 Beschluss über die Tagesordnung

Herr Brandt erkundigte sich aus rechtlicher Sicht, ob der Beschluss über die Satzung nicht vor dem Wirtschaftsplan beschlossen sein muss.

Herr Marušić informierte, dass heute weder die Satzung noch der Wirtschaftsplan

beschlossen werden. Es erfolgt lediglich eine Vorberatung, der Beschluss erfolgt im Anschluss über den Rat am 18.12.2024.

Der Tagesordnung wurde in vorliegender Form mit **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Öffentlich-rechtlicher Vertrag Stadt Wilhelmshaven – OOWV „Einleiten von Abwasser der Stadt Schortens in die zentrale Kläranlage Wilhelmshaven“ **286/2024**

Herr Menke führte in das Thema ein.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (Anlage) zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem OOWV zu.
2. Nach Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages wird die Verwaltung ermächtigt mit der Stadt Schortens einen Aufhebungsvertrag über die Zweckvereinbarung „Einleiten von Abwasser aus dem Bereich der Stadt Schortens in die zentrale Kläranlage Wilhelmshaven“ zu schließen.

4.2 Wirtschaftsplan TBW 2025

327/2024

Herr Becker erklärte, dass in der Klausurtagung vom 03.12.2024 das Thema intensiv durch die **Herren Kullik und Menke, Frau Schun** und dem Stadtbaurat besprochen wurde und schlug vor, auf eine ausführliche Erläuterung in das Thema zu verzichten.

Herr Bruns nahm um 10:08 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Friedrichs sprach sich entschieden gegen die Zustimmung zum Wirtschaftsplan aus, da im jetzt vorliegenden Stellenplan die fünf zusätzlichen Mitarbeiter nicht mehr beinhaltet sind. **Herr Friedrichs** verdeutlichte, dass die WSI-Maßnahme am 01.08.2025 endet und somit auch das Arbeitsverhältnis dieser fünfzehn Mitarbeiter. Mit dem bestehenden Mitarbeiterpool sei die zusätzliche Arbeitsbelastung nicht abzufangen. Darüber hinaus konnte der Stellenplan nicht erneut eingesehen werden.

Herr Kullik gab anhand der Planzahlen einen zusammenfassenden Überblick über den Wirtschaftsplan 2025 mit den finanzwirtschaftlichen Teilplänen Ergebnis- und

Vermögensplan bis zum Jahr 2028. Um im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, konnten in der Vermögensplanung verschiedene Maßnahmen, insbesondere im zuschuss-relevanten Bereich Straßen, Brücken und Verkehrslenkung, nicht berücksichtigt werden. Erfreulicherweise sind hingegen investive Mittel für den gesamten Planungszeitraum von jährlich 2 Mio. € für die Straßensanierung sowie jeweils 700 T€ für die Rad- und Gehwegsanierung eingeplant. Die ausgeglichenen Planergebnisse im Ergebnisplan erfordern jedoch ein konsequentes Einhalten einzelner Ansätze in den jeweiligen Teilbereichen.

Herr Bruns gab an, dass ohne Einberechnung des Klinikums ein Defizit des Haushaltes in Höhe von 20 Mio. € für 2025 zu erwarten sei, welches sich ab 2026 voraussichtlich auf 35 Mio. € verschlechtern dürfte. Die wichtige Bilanzposition Eigenkapital im Kernhaushalt wäre dann bereits aufgezehrt. Die auflaufenden Defizite führen im weiteren Verlauf zu einer verstärkten Inanspruchnahme von Kassenkrediten. Dieses ist besonders gravierend vor dem Hintergrund, dass seinerzeit historisch hohe Steuereinnahmen im Haushalt veranschlagt wurden, welche nun aber aufgrund der wirtschaftlichen Lage nicht realisiert werden können. Dies alles führt im Ergebnis zu entsprechenden Auswirkungen auch in die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe. Dennoch sei darauf hinzuweisen, dass trotz der vorgenannten schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen laut den Plänen insgesamt rd. 200 Mio. € (Kernhaushalt, GGS und TBW) investiert werden sollen.

Herr Bruns wies im Hinblick auf die Nichtberücksichtigung der Poolstellen im Stellenplan 2025 darauf hin, dass bei längerfristigen krankheitsbedingten Ausfallzeiten weiterhin Aushilfen zur befristeten Unterstützung eingestellt werden könnten. Ein fester Mitarbeiterpool zur Kompensation von Ausfallzeiten sei jedoch im gesamten städtischen Haushalt nicht vorgesehen.

Herr Menke betonte, dass aufgrund der wirtschaftlichen Lage auch wünschenswerte Investitionen nicht durchgeführt werden, was sich auf alle Bereiche auswirkt, sei es finanzielle als auch personelle Ressourcen.

Herr Weinberg unterstützte die Aussagen von **Herrn Friedrichs** im Hinblick darauf, wie sich der Wirtschaftsplan auf die Beschäftigten auswirkt und ob eine Benachteiligung der Beschäftigten beinhaltet ist. **Herr Weinberg** erinnerte an die Historie, dass vor zwei Jahren ein Initiativantrag auf zehn weitere Stellen gestellt wurde. Es wurde gefordert, eine Flächenbedarfsplanung zu erstellen, um abzuschätzen wieviel Personal benötigt wird und Leistungsstandards festzulegen, wie es im Eigenbetrieb GGS üblich ist. Ebenso verwies **Herr Weinberg** auf das Personalvertretungsgesetz, das zu beachten ist. **Herr Weinberg** betonte, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem DPR und der Betriebsleitung essentielle ist – der DPR ist zu beteiligen bevor die abschließende Willensbildung tatsächlich durch den Rat oder einen Beschluss erfolgt. Der DPR hat im September einem völlig anderen Sachverhalt zugestimmt. **Herr Weinberg** wird seine Zustimmung zum Wirtschaftsplan mit Hinblick auf das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz nicht erteilen. Ebenso kann noch eine Klärung durch den DPR mit Hinzunahme von Verwaltungsgerichten erfolgen, das entscheidet, ob

es sich um eine unzulässige Maßnahme handelte.

Herr Becker erinnerte daran, dass grundsätzlich nur der Rat entscheidet, dies hier sei ein vorbereitender Ausschuss.

Herr Marušić brachte zum Ausdruck, dass sich seitens des Betriebes intensiv dafür eingesetzt wurde, dass der Springerpool zu regulären Stellen umgewandelt wird. Die Verschlechterung des Haushaltes von Juni bis zum heutigen Tage ist jedoch dramatisch – in diesem Zeitraum sind viele zusätzliche Belastungen im Haushalt entstanden, u. a. im Klinikum, aber auch in den Eigenbetrieben – beide stehen defizitär da und benötigen entsprechend einen Finanzausgleich. Faktisch stellt es sich so dar, dass der Springerpool mit temporären und nicht mit dauerhaften Stellen besetzt ist. Die Auswirkungen auf die Kolleg*Innen ist aus der Sicht der Betriebsleitung überschaubar. Jedoch sei das Signal nach außen mit den geforderten fünf zusätzlichen Stellen nicht darstellbar. Aus diesem Grund musste der Wirtschaftsplan kurzfristig geändert werden.

Herr Friedrichs begrüßte die Zusage der zugesagten temporären Aushilfen, mahnte aber die unzureichende Kommunikation und den Umgang gegenüber dem DPR an.

Herr Fischer schloss sich seinem Vorredner an und befürwortete die temporäre verbleibende Unterstützung. Außerdem erklärte **Herr Fischer**, dass unlängst beschlossen wurde, dass nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz ebenfalls die Arbeitsgelegenheiten bei entsprechenden Einsatzmöglichkeiten für den Bereich TBW angeboten werden soll. Das Jobcenter hat hier dementsprechend seine Expertise und Unterstützung angeboten. **Herr Fischer** betonte dies dringend anzugehen, da es eine weitere Entlastung des Personals bietet.

Frau Schun bestätigte, dass in Absprache mit **Herrn Menke** erste Kontakte mit dem Jobcenter stattgefunden haben und erste Gespräche Anfang 2025 geführt werden sollen.

Herr Brandt erinnerte daran, dass in der letzten BTBW Gespräche bzgl. der jetzt nicht mehr im Wirtschaftsplan vorhandenen Stellen geführt wurden und beanstandete die fehlende Information hierzu. Ebenfalls hinterfragte **Herr Brandt** die dargestellten eingesparten Personalkosten der WSI-Mitarbeiter in Höhe von 800.000,00 €. Darüber hinaus sei die Darstellung des Stellenplans unvollständig und unübersichtlich und bat daher um Ergänzung der fehlenden Dokumente aus dem Haushaltsplan der Stadtverwaltung. **Herr Brandt** teilte mit, dass die SPD dem Beschluss auf keinen Fall eine Zustimmung erteilen wird.

Abschließend erkundigte sich **Herr Brandt** nach welchen Kriterien und Gesichtspunkten diverse Beschlüsse gestrichen wurden.

Herr Bruns verwies dazu auf die Folgekosten von Maßnahmen in den zuschusspflichtigen Bereichen.

Frau Schun schloss sich der Aussage von **Herrn Marušić** an und betonte, dass es

nie eine Zusage für die zusätzlichen Stellen gab, es handelte sich lediglich um einen Vorschlag. Ebenso informierte **Frau Schun**, dass es keine Streichungen für z. B. den Grünen Ring oder die Ankerstraße gibt. Hierbei handelt es sich lediglich um Maßnahmen, die noch nicht begonnen haben, aber bereits Mittel im Haushalt des abschließenden Jahres bereitgestellt sind. Diese Mittel werden für den Wirtschaftsplan 2025 nicht erneut aufgeführt. Aufgrund der Haushaltssituation wurde beschlossen, manche Maßnahmen nicht durchzuführen.

Herr Becker und **Herr Brandt** beteiligten sich an der Diskussion.

Herr Hager erkundigte sich, warum das Gespräch zum DPR nicht gesucht wurde, um Änderungen beispielsweise am Stellenplan mitzuteilen.

Herr Marušić informierte, dass die Beratungen diesbezüglich bis zum letzten Moment durchgeführt wurden.

Frau Schun bekräftigte die Aussage von **Herrn Marušić** und fügte hinzu, dass **Herr Friedrichs** gleichwohl über den Sachstand informiert worden ist. Dies erfolgte in einem persönlichen Gespräch zwischen **Frau Schun** und **Herrn Friedrichs**, unabhängig vom DPR.

Herr Friedrichs brachte zum Ausdruck, dass ein gesprochenes Wort nicht den gleichen Wert wie ein geschriebenes Wort hat und die Möglichkeit der Information im Anschluss an die Klausur noch in zwei DPR-Sitzungen bestanden hätte.

Frau Schun stellte dar, dass die Kritik angenommen wird und betonte, dass der Informationspflicht nachgekommen worden ist.

Frau Mandt ging auf einige Aspekte der Vorredner ein und betonte, dass dieser Ausschuss grundsätzlich immer auf der Seite der Beschäftigten ist und die Arbeit der TBW-Mitarbeiter schätzt, gab aber zu bedenken, dass der Ausschuss für die ganze Stadt verantwortlich ist. **Frau Mandt** bestätigte, dass es nicht in Ordnung, dass von der Betriebsleitung aus nicht korrekt kommuniziert wird. **Frau Mandt** erwartet vom Verwaltungsvorstand, dass die Ratsbeschlüsse umgesetzt werden. **Frau Mandt** gab zu bedenken, dass der Betreuungsaufwand der WSI-Mitarbeiter enorm war, dasselbe kann von Geflüchteten oder Asylbewerber ebenfalls erwartet werden. **Frau Mandt** stellte veraltete Betriebsvereinbarungen in Frage, die z. B. das Pausenverhalten regelt und regte an, dass sich in diesen schwierigen Sitzungen auch der Personalrat bewegen muss.

Herr Fischer stimmte seiner Vorrednerin zu und regte an Krankmeldungen qualifiziert zu managen. Leistungsbereites und engagiertes Personal wird überlastet durch Kolleg*Innen, die weniger Einsatz zeigen. Eine Personalvertretung sollte hohes Interesse daran haben, dass das Image und Standing der TBW durch Ausreißer nicht verunglimpft wird.

Herr Fischer bekräftigte ebenfalls die Wichtigkeit der Kommunikation zwischen Betriebsleitung und DPR.

Herr Brandt knüpfte hier an und betonte, dass er von der Betriebsleitung und dem Personalrat erwartet, dass ein Gespräch vor der Ratssitzung am 18.12.2024 mit einem Ergebnis stattfindet. Auf die Wortmeldung von **Frau Mandt** entgegnete **Herr Brandt**, dass für einige Bedienstete der TBW die Bio- und Gefahrenstoffverordnung gilt, die vorsieht, dass die Beschäftigten eine kontaminierungsfreie Station anfahren, die in der Stadt verteilt sind.

Frau Mandt, Herr Becker und **Herr Brandt** beteiligten sich an der Diskussion.

Frau Schun hinterfragte die Notwendigkeit dieses Gespräches. Die Ablehnung der Forderung des DPR ist keine Entscheidung der Betriebsleitung, sondern die Entscheidung aus der gesamten Betriebsleitungs- und Verwaltungsspitze. **Frau Schun** betonte, dass Gespräche stattfinden werden.

Herr Brandt kritisierte die Einstellung der Betriebsleitung bzgl. des Beharren des Standpunktes.

Frau Schun widersprach der Kritik, jedoch handelt es sich hier nicht um eine alleinige Entscheidung der Betriebsleitung.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker, Fischer** und **Brandt** und **Frau Mandt**.

Herr Bruns betonte, dass es nicht ungewöhnlich ist, wenn die Personalvertretung und die Dienststelle nicht übereinkommen. Der Verwaltungsausschuss sei dann das zuständige Entscheidungsgremium.

Herr Weinberg stimmte **Herrn Bruns** teilweise zu, beharrte jedoch auf die Durchführung des hinterlegten und standardisierten Verfahrens unter Einhaltung des formellen Verfahrens und Einbindung des DPR.

Herr Kullik verließ die Sitzung von 10:55 bis 10:58 Uhr.

Herr Friedrichs informierte **Frau Mandt**, dass sämtliche Mitarbeiter*Innen bzgl. der Einhaltung der Pausenzeiten ermahnt wurden. Weiter betonte **Herr Friedrichs** nochmals nachdrücklich, dass es um eine Benennungsherstellung seitens des Gremiums ging.

Herr Walzner missbilligte den Vergleich des fehlenden Personals von TBW und der Stadt Wilhelmshaven. TBW repräsentiert mit seinen Mitarbeiter*Innen die Stadt entsprechend sichtbar, sauber, korrekt und ist immer im Augenschein der Bürger*Innen. Wenn hier Personal fehlt, kann den Tätigkeiten nicht mehr den Anforderungen und Standards entsprechend nachgegangen werden.

Herr Becker mahnte eine gute und sachliche Kommunikation aller Beteiligten an. In vielen anderen Bereichen der Stadt gibt es ähnliche Engpässe bzgl. fehlenden Personals.

Die **Herren Fischer, Brandt, Walzner** und **Frau Mandt** beteiligten sich an der darauf

folgenden Diskussion.

Beschluss: **-mehrheitlich abgelehnt-**

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2025 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **15.268.131 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **5.000.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

- 4.3 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven (Friedhofsgebührensatzung) vom 17.11.2010 in der Fassung vom 14.12.2022 **307/2024**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat beschließt die anliegende "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven (Friedhofsgebührensatzung) vom 17.11.2010 in der Fassung vom 14.12.2022."

- 4.4 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Abfallentsorgung **328/2024**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat beschließt

die anliegende "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 20.12.2023".

4.5 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Zentrale Abwasseranlage **329/2024**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt

die anliegende " Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 20.12.2023".

4.6 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Grundstücksabwasser- **330/2024**
anlagen

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt

die anliegende " Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen der Stadt Wilhelmshaven (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) vom 20.05.1987 in der Fassung vom 20.12.2023".

Herr Bruns verließ die Sitzung um 11:04 Uhr.

4.7 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung Straßenreinigung **331/2024**

Herr Kullik führte in das Thema ein.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt

die anliegende " Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 20.12.2023".

Herr von Thülen verließ die Sitzung um 11:08 Uhr.

Frau Schun verließ die Sitzung von 11:08 bis 11:10 Uhr.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Halbjahresbericht TBW 2024

Herr Evin führte in das Thema ein.

Als Dateien wurden die Gebührenveränderungen TBW Musterhaushalt 2025_2026 und Gebührenveränderungen TBW Singlehaushalt 2025_2026 hinterlegt.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

5.2 Informationen/Themen aus der vorherigen BTBW-Sitzung

Frau Schun beantwortete die Fragen zu folgenden Themen:

- Hinweisschilder Helderei Maaderadweg
Touristische Route - Wegweisung wird durch die WTF und FB36 vorgegeben, TBW baut dann nur nach Absprache die Beschilderung auf
- Beleuchtung Gemeinschaftsplatz Rüstersiel
Dieses Thema wird bei TBW eher kritisch gesehen, da aus Sicht der Fachleute eine Leuchte nicht ausreichend ist. Des Weiteren kostet eine Solarleuchte ca. 5.500 Euro. Eine Anfrage bei der unteren Deichbehörde wurde trotzdem gestellt. Es wird noch eine Rückmeldung geben.
- Rückbau Bänke Grüner Ring
Die alten Bänke waren abgängig. Es wurden zwei orange Bänke bei der GPS bestellt. Lieferzeit ca. März 2025. Standardbänke haben aktuell auch eine Lieferzeit von ca. drei Monaten
- Rotmarkierungen Radweg Richtung Posener Str./Preußenstr.
Abmarkierungen sind durch die Verkehrslenkung im Bereich aufgebracht worden, verbleibender Bereich wird ebenfalls markiert, sobald die Witterungsverhältnisse es zulassen
- Absackungen in der Werftstraße/Grenzstraße
Gutachter hat festgestellt, dass die ausführende Firma nicht ausreichend verdichtet hat. Die Zusage durch ausführende Firma liegt vor, vorerst ein Provisorium herzustellen. Aktuell sind größere Verdichtungsmaßnahmen nicht möglich. Restarbeiten werden im Frühjahr durchgeführt.
- Brücke Friedensstraße
Sanierungsmaßnahmen sind fertiggestellt, jedoch noch nicht freigegeben, nach Abschlussarbeiten folgen noch Restarbeiten durch die Friedhofsmitarbeiter.
- Beleuchtung Südstrand
Im Bereich Treppe wurden im gesamten Südstrandbereich Lampen erneuert. Die untere Deichbehörde wurde angeschrieben zwecks Austausch.

- Beleuchtung Nordseite Jadeallee
Reinigung brachte keine Besserung. sechs Leuchten sind bestellt – Austausch erfolgt (Lieferzeit ca. drei Monate)
- Grenzstein Sengwarden/Sillenstede
Aufreinigung erfolgt in Absprache mit Steinmetz

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Herr Fischer sprach die angespannte Verkehrssituation in der Freiligrathstraße Höhe WEL an und bat um eine kurzfristige Tourenoptimierung der Abfallsammlung zur morgendlichen Rushhour.

Frau Holtz bat um Sachstandsabfrage der Verkehrszählung aus der zweiten Jahreshälfte in der Jadeallee. Ebenso fand vor ein paar Wochen eine Begehung mit dem Verkehrsplaner in der Emil-Büscher-Straße statt. Hier sind die Ergebnisse ebenfalls noch offen.

Frau Schun informierte, dass die Verkehrszählung bereits stattgefunden hat und ausgewertet wurde. Es wurde festgehalten, dass die Zahlen für eine Querungshilfe nicht ausreichend sind. Ein Kontakt mit dem Verkehrsplaner fand nicht statt, **Frau Schun** nimmt dies auf.

Herr Walzner bat um Prüfung, ob das Rathausumfeld zu Markttagen grundsätzlich in eine 30er Zone eingerichtet werden kann.

Herr Hager unterstützte den Prüfungsantrag seines Vorredners aufgrund der teils gefährlichen Verkehrsmanövers einiger Verkehrsteilnehmer.

Herr Brandt bat um Mitteilung des Sachstandes bzgl. der Einbahnstraßenregelung an der Osttangente auch im Hinblick auf die Straßenverkehrsbelastung in der Freiligrathstraße. Ebenfalls sprach sich **Herr Brandt** für eine Einrichtung der 30er Zone am Rathausplatz aus, betonte aber, dass Verkehrskontrollen dort unerlässlich sind.

Herr Fischer und **Frau Mandt** beteiligten sich an der folgenden Diskussion.

Frau Schun erklärte, dass die Asphaltarbeiten und somit der Radweg fertig gestellt sind. Aktuell werden die Restarbeiten an den Nebenarbeiten durchgeführt. Die geplanten Abschlussarbeiten sollen spätestens Ende nächster Woche beendet sein.

Herr Becker erkundigte sich nach den Eigentümerverhältnissen der Gleise am Bontekai.

Herr Marušić verkündete, dass diese seit gestern notariell beglaubigt der Stadt gehören.

Herr Walzner teilte mit, dass vor dem Bundeswehrtor am Seedeich an der Mole Autofahrer auf dem Rasenbereich am Deich parken und diesen somit beschädigen.

Herr Fischer verließ die Sitzung von 11:30 bis 11:33 Uhr

Herr Marušić informierte, dass der Parkplatz und eine Seite der N-Ports zugehörig sind, das Grundstück auf der Deichseite zum Deichbrand. Hier ist der kommunale Ordnungsdienst hinzuzuziehen für mehr Kontrollen.

Herr Brandt bestätigte die Angaben von **Herr Walzner**. Auch die Radfahrer und andere Verkehrsteilnehmer werden hier behindert. **Herr Brandt** schlug vor, die sich dort früher befindlichen Findlinge wieder aufzustellen und die Autofahrer so auf die Straße zu zwingen.

Frau Mandt verwies auf den ausreichend großen Parkplatz am Nassauhafen.

Herr Becker stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung und bat um Verzicht auf Pause und direkten Übergang in den nichtöffentlichen Teil.

Dem Antrag zur Geschäftsordnung wurde mit **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Ende des Öffentlichen Teil 11:33 Uhr.

gez.

Dezernent

gez.

Vorsitzende/r

gez.

Protokollführer/in